

**Schweiz**

16.06.2005 -- Tages-Anzeiger Online

**Bildungsdepartement statt VBS**

**Bildung, Forschung, Technologie und Innovation sollen in einem Departement vereinigt werden und Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport auf andere Departemente aufgeteilt werden. Dies fordern Bildungspolitiker aller Bundesratsparteien.**

Der Vorstoss sei ein Anstoss zur Strukturbereinigung innerhalb der Bundesverwaltung, sagte FDP-Nationalrat Johannes Randegger (BS) im Namen der achtköpfigen Politikerguppe. Im Urteil dieser Gruppe kommt den Bereichen Bildung und Forschung heute in der Bundesverwaltung nicht die Bedeutung zu, die sie in der modernen Gesellschaft haben.

Die beiden Bereiche seien auf zwei ohnehin schon grosse Departemente verteilt und würden dort lediglich im Seitenwagen mitgeführt, meinte Ständerat Eugen David (CVP/SG). Und Theophil Pfister (SVP/SG) sagte, bei geteilter Verantwortung sei letztlich niemand verantwortlich. Die Gruppe aus Mitgliedern der Bildungskommissionen der beiden Räte will deshalb die Aufgaben Bildung und Forschung in einem Departement konzentrieren.

**Aufgaben des VBS aufteilen**

In der Begründung zu ihrer Motion regt sie dabei an, die Aufgaben des Verteidigungsdepartements (VBS) auf das Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) sowie auf das Aussendepartement (EDA) zu verteilen. Das EJPD könnte zu einem Sicherheitsdepartement werden, wie dies Bundespräsident Samuel Schmid jüngst eigentlich für sein VBS geprüft hatte, und das EDA könnte beispielsweise die Militäreinsätze im Ausland übernehmen.

Damit würde das VBS freigespielt und könnte zu einem zentralen Bildungsdepartement umfunktioniert werden. Dem VBS würden ohnehin immer weniger Aufgaben übergeben, während die Anforderungen in der Wissenschaft stetig stiegen, sagte Nationalrätin Kathy Riklin (CVP/ZH).

Von einer solchen Konzentration erhofft sich die Gruppe, die sich mit den Fraktionen bewusst noch nicht abgesprochen hat, eine bessere Nutzung der Synergien und eine klarere Strategie. Mit der bevorstehenden Verwaltungsreform und den Diskussionen um den Bildungsartikel und die Hochschullandschaft sieht die Gruppe nun den Zeitpunkt gekommen, um auch beim Bund zu einem solchen Modell überzugehen.

Erstunterzeichnende der fraktionsübergreifenden Motion sind Hermann Bürgi (SVP/TG), Eugen David (CVP/SG), Anita Fetz (SP/BS) und Christiane Langenberger (FDP/VD) aus dem Ständerat und Theophil Pfister (SVP/SG), Kathy Riklin (CVP/ZH), Johannes Randegger (FDP/BS) und Hans Widmer (SP/LU) aus dem Nationalrat.